

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen: Hermann Auer, Leipzig, Postfach 100, 1924. Preis: 1/2 Mark. Anzeiger: 1/2 Mark. Anzeiger: 1/2 Mark.

Verlegungen: Hermann Auer, Leipzig, Postfach 100, 1924. Preis: 1/2 Mark. Anzeiger: 1/2 Mark. Anzeiger: 1/2 Mark.

Telegraphische Anzeiger: Hermann Auer, Leipzig, Postfach 100, 1924. Preis: 1/2 Mark. Anzeiger: 1/2 Mark. Anzeiger: 1/2 Mark.

Nr. 16

Sonnabend, den 19. Januar 1924

19. Jahrgang

### Zur Lage.

Von Dr. A. A. M. d. N.

In Paris beschäftigt sich wieder einmal ein Sachverständigenausschuss mit der Lage Deutschlands. Die öffentliche Meinung Deutschlands kümmert sich nur wenig um dieses Ergebnis. Das ist erklärlich. Bisher haben derartige Sachverständigenberatungen niemals ein positives Ergebnis für uns gezeitigt. Und doch ist diese Tätigkeit gerade dieses Sachverständigenausschusses zunächst ganz anders zu beurteilen als die seiner Vorgänger: womit nicht gesagt sein soll, daß ihr nicht schließlich das gleiche Endschicksal beschieden sein könnte. Der politische und wirtschaftliche Imperialismus Frankreichs ist in der Zwischenzeit so deutlich zu Tage getreten und hat seine vollen Folgen gegen seine eigenen früheren Helfer so deutlich in die Erscheinung treten lassen, daß ihm jetzt überall offen erkennbare Widerstände entgegen stehen. Ja, in Frankreich selbst stärkt sich die Widerstände gegen einen hemmungslosen Poincarismus sichtbar, weil man ihn auch hier in Gestalt schwerer Währungserschütterungen am eigenen Leibe zu spüren bekommt. Frankreich wird also seine bisherige Verschleppungspolitik in diesem Ausschuss nicht in der bisherigen Weise fortzusetzen vermögen, und dies um so weniger als von den amerikanischen Vertretern ein starker Antriebs zu beschleunigter und klarer Sachbehandlung ausgeht. Wir werden gut tun, die Entwicklung mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Im den richtigen Ausgangspunkt hierfür zu gewinnen, hat man sich zu vergegenwärtigen, daß der Ausschuss ein solcher der Reparationskommission ist und die Hauptaufgabe hat, die deutsche Leistungsfähigkeit festzustellen. Zu diesem Zwecke sind zwei Unterausschüsse tätig, von denen der eine die Stabilisierung der deutschen Währung, der andere die Lage des deutschen Reichshaushaltes erörtern soll. Daß man sich so schnell entschloß, den deutschen Reichsfinanzpräsidenten Dr. Schacht zur Teilnahme an den Beratungen einzuladen, ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß man die besten Sachverständigen nicht wieder nur deswegen ausschalten will, weil sie auf deutscher Seite gefunden werden müssen. Die ganze persönliche Art Schachts bürgt dafür, daß er in denkbar bester Weise die Interessen Deutschlands vor dem Sachverständigenausschuss wahrnehmen wird.

Wie der Kurs des französischen Franken, so steht auch der Kurs der französischen Europapolitik nicht unter Hausstetendenz. Die Begünstigung des in der Pfalz unter dem Namen einer autonomen Regierung hausenden Betrückergebildes durch Frankreich ist für England doch eine so große Schmach geworden, daß es nicht länger mehr stillschweigend zusehen kann. Der in München sitzende britische Generalkonsul hat sich, einem Auftrage seiner Regierung folgend, mit anerkannter Wertigkeit und Gründlichkeit an Ort und Stelle über die empfindenden Zustände in der Pfalz abgefragt und zweifellos auf britisches Betreiben — ist der französische Gewalthaber in der Pfalz, der General de Wess, der sich weiterhin danach sehnt, eine ähnliche Rolle wie Zurene zu spielen, vor die internationalisierte Rheinlandkommission berufen worden, um Rede und Antwort zu stehen. Eine amtliche britische Auslastung bekennet sich zu dem Standpunkt, daß das staatsrechtliche Verhältnis der Pfalz „nicht eher geändert werden darf, als bis sich die Bevölkerung in überwältigender Mehrheit für eine solche Aktion ausgesprochen hat“, und auf den Einpruch Englands hin hat die Rheinlandkommission ihre ursprüngliche Absicht, die Maßnahmen der Separatistenregierung anzuerkennen, vorerst wieder aufgegeben. So ist die Hoffnung nicht unbegründet, daß für die unglückliche Pfalz die Stunde der Befreiung von ihrer unter französischem Schutz arbeitenden Verwaltung im Anzug ist.

Auch sonst hat sich in den letzten Tagen manches ereignet was die Räume des französischen Machtwahns nicht in den Himmel wachsen läßt. Ueber die Tagung der kleinen Entente in Belgrad hat eine kluge Diplomatin nur wenig in die Öffentlichkeit gebracht oder so viel ist klar erkennbar, daß die Staaten der kleinen Entente ihre Freundschaft zu Frankreich nicht bis zu willkürlicher Selbstentäußerung treiben werden. Der Ausgleich Jugoslawiens mit Italien ist ein hochbedeutungsvolles Ereignis, denn Frankreich hätte sicherlich eine hohe Niedertracht erhalten, in der es Jugoslawien als Gegengewicht gegen Italien verwenden konnte. Die kleine Entente will aber um der Freundschaft zu Frankreich willen die nach England führenden Verbindungen nicht aufgeben, das zeigt deutlich auch der unmittelbar nach der Konferenz in Belgrad vom tschechischen Außenminister Dr. Beneš in London abgehaltene Besuch.

Die britische Einstellung zu den europäischen Problemen wird ihre entscheidende Wirkung erst nach Bildung der Regierung erhalten. Wie zu erwarten war, setzte die Opposition der Arbeiterpartei mit dem Ziele

der eigenen Regierungsübernahme schon am ersten Tag der Eröffnung des britischen Parlamentes ein. Wenn etwas in letzter Stunde diese Regierungsbildung gefährden könnte, so ist es die jetzt auftretende Streikbewegung. Eine Ausdehnung dieser Bewegung würde das fertig bringen, was sonst eine glatte Unmöglichkeit wäre: eine Annäherung zwischen den Liberalen und Konservativen. Da aber die britischen Arbeiterführer Leute von härtester Staatsauffassung sind, ist anzunehmen, daß es ihnen gelingen wird, die Bewegung zu meistern. Kommt die Arbeiterpartei zur Regierung, so wird sie um des eigenen und des britischen Prestiges willen eine viel selbständigere Stellung gegenüber Frankreich anzunehmen suchen, als die gestrige Regierung, deren Außenminister Lord Curzon sich noch auf dem Sterbebett der alten Regierung zu dem Phantom der Aufrechterhaltung der Entente bekannte.

Das Auftreten des Führers der britischen Arbeiterpartei MacDonald sollte unseren Arbeiterführern vielmehr noch als bisher Anlaß zum Nachdenken geben; vor allem in Sachen. Der schottische Ministerpräsident Selby scheint allerdings in dieser Richtung hin bereits gelernt zu haben. Wenn es auch durchaus abwegig ist die Eintrittsrede Selbys, wie der „Vorwärts“ es tut, mit der Rede MacDonalds im britischen Unterhause zu vergleichen, so spricht doch aus den Worten des schottischen Ministerpräsidenten ein starkes, auf praktische Arbeit am Staate gerichtetes Verantwortlichkeitsgefühl. Wenn dieses Verantwortlichkeitsgefühl dauernd bei allen Mitgliedern der Regierung anhält, dann werden diese Regierung und dieser Landtag ihre Daseinsberechtigung behalten. Die sonst durch den Ausgang der Gemeindevahlen hart in Zweifel gezogen worden ist. Die Gemeindevahlen zeigen, daß zwischen dem derzeitigen Stimmverhältnis der politischen Parteien im Landtag und dem in der Bevölkerung gegenwärtig eine schwere Diskrepanz herrscht, und es ergibt sich die in der Öffentlichkeit noch gar nicht genügend erkannte völlig unnormale Lage, daß das von der sozialistischen Landtagsmehrheit gegen den Willen aller nichtsozialistischen Vertreter zustandegekommene Gesetz der neuen Gemeindeversammlung in der Praxis des öffentlichen Lebens der Gemeinden durchgeführt werden muß von Gemeindevereinigungen die zu einem ganz überwiegenden Teile nicht sozialistische Mehrheiten haben. Vielleicht ergibt sich aber gerade aus dieser Arbeitsstellung ein ganz brauchbares Resultat, weil dann beide Strömungen in der Praxis „ihres Besten“ auch verbüßen“. Landtagsneuwahlen so berechtigt sie vom formellen parlamentarischen Standpunkt aus auch sein würden, müßten den jetzt einsetzenden Konsolidierungsprozeß im innerpolitischen Leben wieder fördern, und etwas Besseres, als eine große Koalition würde letzten Endes dadurch auf die Dauer auch nicht erreicht werden, selbst wenn die Sozialdemokratie im Landtage in die gleiche Minderheit käme, wie in den Gemeindevereinigungen, denn auch dann wäre eine große, die Sozialdemokratie mit umfassender Koalition einer „rein bürgerlichen“ Regierung vorzuziehen. Eine Aufrechterhaltung der Sozialdemokratie aus der Regierungverantwortung würde diese in sehr wohlfeile Stellung der absoluten Opposition drängen, in der sie sich wahrscheinlich von ihrer jetzt erlittenen Schlappe sehr bald erholen würde und in der sie ihre Verluste wieder auffüllen würde. Im übrigen soll man aber auch grundsätzlich dort, wo es irgend möglich ist, die Schaffung neuer Spannungsmomente vermeiden, denn wie viele und wie starke ohnedies in Deutschland oberirdisch und unterirdisch noch vorhanden sind, zeigt das auf den General von Seekt gezielte Attentat.

### Der amtliche Pfalzbericht Englands

Amlich wird aus London unterm 18. Jan. gemeldet: Es ist in London nicht bekannt, ob die Frage der von der Mehrheit der Rheinlandkommission am 2. Januar anerkannten Bestimmungen der sogenannten autonomen Pfalzregierung auf der Tagesordnung der heute stattfindenden Sitzung der Kommission steht. Dessen ungeachtet aber ist und bleibt es die Auffassung der amtlichen Regierung, daß die Rheinlandkommission so bald als zur Berichterstattung an die entsprechenden Regierungen ermächtigt ist und daß jede darüber hinausgehende Maßnahme aus den schon wiederholt aufgeführten Gründen über ihre Zuständigkeit hinausgeht. Die von unabhängigen englischen Berichterstattern aus der Pfalz eingehenden Informationen bestätigen immer noch daß die sich die „autonome Regierung der Pfalz“ nennenden Individuen nicht nur ohne gesetzliche Grundlage regieren, sondern auch die völlige Verachtung der Mehrheit der Bevölkerung genießen. Inzwischen hat der englische Generalkonsul Elbe seine Untersuchungen fortgesetzt und Vertreter aller Klassen der pfälzischen Bevölkerung empfangen.

### Elbe über seine Eindrücke.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph“ in Speyer drahtet: Der Generalkonsul Elbe habe ihm mitgeteilt es könne gesagt werden, daß seine Untersuchung eine allgemeine Ablehnung der sog. autonomen Regierung ergeben habe. Die Geistlichkeit, die Industriellen, die Landbesitzer und die Bürgerschaft hätten nicht geäußert, sich darüber frei vor Elbe auszusprechen. Gleichzeitig aber habe der britische Generalkonsul bemerkt, daß es unzufriedene Elemente in der Pfalz gebe. Es sei dort eine Lage entstanden, die nicht fortbauern könne. Es sei jedoch nicht seine Sache, Anempfehlungen zu machen.

### Glodenläuten in Kaiserlautern.

Generalkonsul Elbe ist im weiteren Verlauf seiner Informationsreise in Kaiserlautern eingetroffen. Der britische Generalkonsul wurde unter Glockengeläut von einer ungeheuren Menschenmenge begrüßt und empfing die Vertreter der Städte Zweibrücken, Birkenfeld und Umgebung, sowie Vertreter der Gerichtsbehörden. Die Vertreter von Kaiserlautern und die der umliegenden Orte waren zu Elbe geladen.

### Die Kölner Untersuchung Tirards gestillt.

Um eine Gegenwirkung gegen die Untersuchung Elbes in der Pfalz zu schaffen, hatte bekanntlich der französische Oberkommissar Tirard zwei französische Offiziere beauftragt, in der Kölner Besatzungszone eine Untersuchung anzustellen. Diese Untersuchung ist vollkommen gescheitert; in einem Habastelegramm aus Düsseldorf wird dies darauf zurückgeführt (natürlich vollkommen zu Unrecht), daß die deutschen Behörden von dem Zeitpunkt der französischen Kommission vorher verständigt gewesen wären, weshalb es ihnen möglich war, die Dokumente verschwinden zu lassen, durch die sie kompromittiert worden wären. Die französischen Offiziere hätten aber den deutschen Behörden benehmen können, daß sie den Ursprung der antispanischen Agitation auf kennen. Da sie sich aber überzeugen mußten, daß ihre Untersuchung zu nichts führe, stillten sie diese ein.

### Die Mitteilungen Hoehs über den Standpunkt Poincares.

Der Berliner Berichterstatter der „Daily News“ telegraphiert, daß der deutsche Gesandte in Paris v. Hoeh nach seiner Ankunft in Berlin der Reichsregierung neue Mitteilungen über den Standpunkt Poincares in der Ruhr- und Rheinfraage machen konnte. Poincare drängte in seinen Besprechungen mit Herrn von Hoeh darauf, daß politische Fragen nicht aufgeworfen werden sollen, damit die im Gange befindlichen Verhandlungen einen guten Verlauf nehmen. Er drängte ferner darauf, daß Deutschland die Besatzungskosten bezahlt. Diese Forderung Poincares habe Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Reichskabinetts hervorgerufen, weil der Finanzminister Dr. Luther forderte, daß die Bezahlung der Besatzungskosten wegen der Finanzlage unterbrochen werden sollen, und das mit Recht, denn alle diese Bezahlungen bedeuten eine ungeheure Belastung der sich im Zustande der Entleerung befindlichen deutschen Finanzen.

### Strefemann zum Reichsgründungstage.

Auf einer am Donnerstagabend vom Landesverband Hamburg der Deutschen Volkspartei veranstalteten stark besuchten Reichsgründungsfest ergriß nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der Reichsminister des Reiches Dr. Strefemann das Wort zu einer Rede über die Fragen der äußeren und inneren Politik Deutschlands. Der Ruhrkampf sei zwar verloren, aber der Gedanke des Kampfes sei nicht falsch gewesen. Er habe gezeigt, daß es auch für das deutsche Volk eine Grenze der Geduld und des Entlassens gebe, und er habe den Wahn zerstört, als ob das rheinische Volk ein eigenes Leben führen wolle innerhalb des Deutschen Reiches oder als ob es sich verlieren wolle an das französische Volk. Die Vorgänge in der Pfalz seien eine Kulturkatastrophe. Der Redner begrüßte den Zusammenritt der internationalen Konferenz, die über die deutsche Stellungsfähigkeit ein Urteil abgeben sollte, und sprach die Hoffnung aus, daß sie freimütig ihr Urteil über die gegenwärtige weltwirtschaftliche Situation abgeben möge. Die Entscheidung sei aber: denn es sei gar kein Zweifel, daß die Industrie die Lasten, die sie ohne staatliche Unterstützung in den sogenannten Mißverträgen auf sich genommen habe, nicht lange mehr werde tragen können. Eine Verhandlung über die Verfassungsfragen werde hoffentlich erreicht werden. Gegenwärtig sei es aber nach seiner Meinung die wichtigste Aufgabe, daß Deutschland und Bayern die deutsche Pfalz bei Deutschland erhalten. Die Ausführungen des Ministers wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

adlog-  
zung  
Uhr  
ue.  
f.  
3.50  
3.00  
75 70  
75 3.25  
25, 0.95  
10, 0.95  
20, 3.50  
1.85  
45.00  
49.00  
4.50  
4.50 an  
3.75 an  
1.80 an  
u. Umg.  
8 Uge  
Lung.  
richt,  
im abzugeben.  
ntoorfland.  
ung!  
en diesjährigen  
Berlohung  
Bürgergarten  
gülden.  
erband.  
Alemania  
ußball - Abtlg.  
eile Freitag, ab  
U. im Muldenal  
schracht-Vergleget  
a. kommen  
leb. Exempla  
r Versteiger.,  
Jan., 1/3 Uhr  
portplatz  
benstock I  
er 1. Klasse  
ere Spiele.  
t besetztigt.  
Heilich  
Mart,  
auch  
auschl.  
Mart  
fen.  
rtin  
ertrage.

### Sozialdemokraten und Kommunisten.

**Weg bewußte Abzüge Hellisch an die Kommunisten.**  
In der ersten Bundtagsitzung nach der Bildung der großen Koalition hat sich schon allgemein auf, daß eine Anzahl der linksstehenden Sozialdemokraten, mit Ausnahme der Radikalen um Urtz und Wedel, mit der gemäßigteren Fraktionmehrheit für die von der Koalitionsmehrheit beauftragten Gesetzentwürfe stimmte. Es mußte also in vielen Köpfen bereits eine Wandlung vor sich gegangen sein. Rummelrößl bestätigt das der frühere Ministerpräsident Hellisch in einem Artikel „Wir und die Kommunisten“ in der Dresdner Volkszeitung. Er führt u. a. aus:

„Es ist seit Jahrhunderten das Verhängnis der Arbeiterklasse, daß sie zu kämpfen und gelegentlich auch zu Siegen vermag, daß ihr aber noch immer die Fähigkeit fehlt, um den Sieg festzuhalten. Dazu gehören richtiges Augenmaß für das, was von dem im Kampfe Erreichten dauernd oder auf längere Zeit zu halten ist, ferner Besonnenheit im Verlangen, Ruhe und Stetigkeit im Handeln, und vor allem bewußtes Vermeiden der Dinge, die geeignet sind, die Zahl der Gegner des neuen Zustandes unnötig zu vermehren.“

Diese Eigenschaften haben dem deutschen Proletariat nach der Revolution leider gefehlt. Und wenn die Kommunisten nun schon selbst nicht merken, daß sie, obwohl vielleicht im bestimmten geschichtlichen Moment vorübergehend notwendig, als die Radikalen vom Schauplatz des sozialen Kampfes unter Preisgabe ihrer nicht realisierbaren Forderungen verschwinden werden und müssen, so muß aber die Sozialdemokratie das klar erkennen. Wir dürfen in den Kommunisten keinen dauernden Faktor sozialen Geschehens erblicken. Jedes taktische Zusammengehen mit den Kommunisten muß von den Sozialdemokraten zeitlich begrenzt sein nach Maßgabe der Ereignisse und vor allem des eigenen Verhaltens der kommunistischen Partei.

Für die sächsische Sozialdemokratie steht jetzt die Sache so, daß sich die Kommunisten blindig von ihr losgesagt haben, und zwar durch Wort und Handlung. Damit ist die Möglichkeit der parlamentarischen Arbeitgemeinschaft mit den Kommunisten beseitigt und damit muß sich selbstverständlich die bisherige taktische Einstellung der Sozialdemokratie zu ihnen völlig verändern. Die Kommunisten sind nun als Faktor organisierter und bereitwilliger Mitarbeit nicht mehr in Rechnung zu stellen. Und will die Sozialdemokratie allein mit ihren 40 Landtagsmandaten sich nicht als eine hilflose, zur Untätigkeit verurteilte Minderheit im Parlament betätigen, so muß sie fortan, nicht weil sie will, sondern weil sie durch die veränderte Stellung der Kommunisten dazu gezwungen wird, eine andere Anlehnung suchen, um überhaupt im Parlament sozial fördernd oder wenigstens erhaltend wirken zu können. Gerade die Kommunisten sind auf Grund ihres Verhaltens in letzter Zeit die Lehten, die berufen sind, uns die Rolle der politischen Rippfiguren zu spielen. Das Gebot der Eigenwürde und Selbstachtung zwingt uns zu einer solchen veränderten Stellungnahme gegenüber den Kommunisten um so mehr, als sie im jetzigen Gemeinderatswahlkampf mit allen Systemen der Rohheit, Dummheit und Brutalität gegen die Sozialdemokratie gearbeitet haben. Wir müssen als Sozialdemokraten den

Mut aufbringen zu dem Bekenntnis, daß wir uns in dem Grad kommunistischer Reize getäuscht haben und daß es gemeinsam mit ihnen nicht geht.

Hellisch fährt dann fort: Es war mir nicht leicht geworden, mich zu diesem Bekenntnis durchzurufen, aber die Wucht der Tatsachen zwang dazu. Vernun wie das einsehen und gehen wir daraus die notwendigen Folgerungen. Bringen wir daher keinen Bruderkonflikt in die Reihen unserer eigenen Partei um der Kommunisten willen. Ruhe und Nachdenken betrachtet, liegt kein berechtigter Grund vor, wegen der letzten Ereignisse in Fraktion und Parlament unsere eigene Partei durch Bruderzwist zu zerfleischen. Die Kommunisten bei ihrer jetzigen Einstellung sind einen solchen Zwist nicht wert. Die deutschen Kommunisten eignen sich vielleicht „zum Zertrümmern des Alten, aber nicht zum Aufbau von etwas Neuem.“

Bewiß, es mag Hellisch schwer geworden sein. Trotzdem oder vielleicht gerade deswegen verstärkt sich der Eindruck, daß innerhalb der Sozialdemokratie eine ganze Anzahl Kräfte vorhanden sind, die das bereits Gezeichnete der Moskowiter eben doch nicht einzufangen vermag und die sich zu positiver Arbeit, als wie sie dort geleistet wird und geleistet werden kann, aufgelegt fühlen. Im Interesse des ganzen Landes wäre nur zu wünschen, daß Hellisch nicht umsonst gesprochen haben möchte.

### Kleine politische Meldungen.

**Ein Postfinanzgesetz in Vorbereitung.** Im Reichspostministerium befindet sich augenblicklich ein Postfinanzgesetz in Vorbereitung, das dem Reichstag sofort nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden soll. Das Gesetz, das am 1. April in Kraft treten soll, bezweckt die Schaffung einer finanziellen und geschäftlichen Selbständigkeit der Reichspostverwaltung, d. h. ihre Loslösung vom allgemeinen Reichshaushalt. In Verbindung mit dieser neuen geschäftlichen Regelung stehen die Verhandlungen, die der Reichspostminister in diesen Tagen mit der bayerischen und württembergischen Regierung geführt hat. Während die bayerische Regierung den Wunsch hat, wieder in den Besitz der bayerischen Eisenbahn zu kommen, hat es bezüglich der Post nicht so weitgehende Wünsche. Wohl aber wünscht die bayerische Regierung an dem Besitz der Post mit beteiligt zu werden. Auch Württemberg, das früher ebenso wie Bayern seine eigene Postverwaltung hatte, hat den gleichen Wunsch. Über diese Frage ist eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen der Reichspostverwaltung und den genannten Regierungen erzielt worden, die etwa in der Richtung geht, daß abgesehen von den Beamten- und Tariffragen, deren Regelung nach wie vor dem Reichspostministerium vorbehalten bleiben wird, der Betrieb der Reichspostverwaltung von dem Reiche, Bayern und Württemberg gemeinsam erhalten werden soll, wobei den genannten Ländern Eigentumsrechte an der Post angetanben werden sollen.

**Zur Frage der Hypothekenaufwertung.** Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat auf Anregung des Abgeordneten Dr. Düringer, des Führers in der Frage der

Aufwertung der Hypothekensforderungen, in ihrer letzten Sitzung sich mit der Frage eines Verbots der Hypothekenaufwertung befaßt. Die Fraktion ist einstimmig zu der Entscheidung gelangt, daß jede gesetzliche Regelung der Aufwertung von Hypothekensforderungen nur in Übereinstimmung mit den Grundgesetzen erfolgen darf, die in der Entscheidung des deutschen Reichsgericht vom 28. November 1923 festgelegt sind. Ein Verbot der Hypothekenaufwertung würde dem Gerechtigkeitssinn und Billigkeitssinn widerstreiten, mit dem verfassungsmäßig gewährleisteten Schutz des Eigentums unvereinbar sein und den Realcredit aufs Schwerste gefährden.

**Reichberg von Marx nicht empfangen.** Der Reichstagskanzler hat einen Besuch des Großindustriellen K. Reichberg abgelehnt und ihm anheimgestellt, sich wegen der Reparationsfragen mit den zuständigen Stellen des auswärtigen Amtes in Verbindung zu setzen, da eine Unterredung mit ihm hierüber erfolglos sein würde.

**Die Denkschrift der bayerischen Regierung.** Das Reichskabinett berät die Denkschrift der bayerischen Staatsregierung zur Revision der Weimarer Verfassung. Das Kabinett war einstimmig der Überzeugung, daß ohne eine vorhergehende gründliche Prüfung der aufgeworfenen Fragen eine Beschlußfassung nicht möglich ist.

**Vor dem Ende des bayerischen Generalstaatskommissariats.** Die Aussprache der letzten Tage im Verfassungsausschuß hat die Stellung von Reichs so erschüttert, daß mit dem Ende des Generalstaatskommissariats in allernächster Zeit gerechnet werden muß.

**Die Devisengeschäfte des Thüringer Staatsbankpräsidenten Loeb.** Wegen den Präsidenten der Thüringer Staatsbank Loeb wurden kürzlich in der Presse Vorwürfe wegen unerlaubter Devisengeschäfte erhoben. Wie nun die „Weimarer Zeitung“ erzählt, handelt es sich bei den Verfehlungen des Staatsbankpräsidenten Loeb um folgenden Sachverhalt: Loeb hat, obgleich es für ihn verboten war, Devisengeschäfte zu machen, solche gemacht und sich dadurch schwere Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen zuschulden kommen lassen. Darüber zur Rede gestellt, hat er die Devisengeschäfte zwar nicht bestritten, hat aber wahrheitswidrig die Behauptung aufgestellt, die Devisenhandelsverordnungen zu besitzen, obgleich ihm die grundlegende Reichsverordnung vom 11. 9. 23 bekannt sein mußte. Inwiefern die daraufhin erfolgte, anscheinend von Loeb selbst erbetene nachträgliche Zulassung der Thüringer Staatsbank als Devisenbank durch das Thüringer Wirtschaftsministerium zu Recht besteht, wird noch der Nachprüfung durch den Devisenkommissioner und den Staatsanwalt bedürfen, ebenso warum anscheinend der Wirtschaftsminister von sich aus in eine Nachprüfung der Verfehlungen Loeb's nicht eingetreten ist.

**Ziele der belgischen Politik.** Der belgische Minister des Aeußeren führte im Senat über die Tendenzen der belgischen Politik aus, daß die Hauptfragen die Reparationen und die Sicherheit seien. Wenn Einmarsch ins Ruhrgebiet habe Belgien keine imperialistischen Ziele — ebensowenig wie Frankreich — verfolgt. Es habe sich lediglich darum gehandelt, Deutschland zum Handeln zu zwingen, und das sei nur ein Werk der Gerechtigkeit. Die Entente mit Frankreich müsse auf jeden Fall aufrecht erhalten werden. Nach Möglichkeit müsse man versuchen, mit England ein Defensivbündnis zu schließen.

**Poincaré's Beamtenabbau.** Wie „Echo des Paris“ meldet, hat unmittelbar nach dem neuesten Kammerbesitz Poincaré's der Ministerrat beschlossen, den Bankverkehr zwischen Frankreich und dem Ausland der Kontrolle zu unterwerfen, 10 Prozent der Beamtenzahl innerhalb drei Monaten abzubauen und den notleidenden Rentnern Staatszuschüsse zu bewilligen. Die „Humanité“ meldet, daß in der Pariser Industrie am 15. Januar über 8000 Arbeiterkündigungen ausgesprochen wurden.

**Vorab fordert Zahlung der Schulden Frankreichs an Amerika.** Im amerikanischen Senat erklärte Vorab, die fremden Regierungen müßten zur Zahlung ihrer Schulden an die Vereinigten Staaten energisch aufgefordert werden, damit das Washingtoner Kabinett die Steuern herabsetzen könne. Er sagte: „Frankreich, das an die Vereinigten Staaten nicht einmal die Zinsen seiner Schuld entrichtet hat, unternahm keine Anstrengung, um das Kapital derselben zu konsolidieren. Wenn es sich um eine Zinsenfrage zwischen Privatpersonen handelte, so würden die Gläubiger des Rechts haben, eine solche Haltung als eine Nichtanerkennung der Schuld anzulegen.“

### Don Stadt und Land.

Aus, 19. Januar.

**Das Hochschulfstudium der Volksschullehrer.** Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet folgende Mitteilung:

Das Ministerium für Volksbildung hat die Zulassung der Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen zum Studium an den Hochschulen neu geordnet. Es macht diese Zulassung nicht mehr, wie bisher, vom Erwerb des Wahlfähigkeitszeugnisses, sondern nur noch vom Besitz des Reifezeugnisses eines sächsischen Seminars abhängig und verleiht den Seminarabiturienten für das Studium innerhalb der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig und der Allgemeinen, sowie der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung der Technischen Hochschule außer den reichsgesetzlich bestimmten alle Berechtigungen der Abiturienten des Realgymnasiums, wenn sie in der Seminarprüfung in Latein und Französisch, die Berechtigung der Oberrealschullehrer, wenn sie in dieser Prüfung in Französisch und Englisch geprüft worden sind. Ergänzungsvorlesungen werden ihnen im gleichen Maße auferlegt, wie den Abiturienten der Realgymnasien oder Oberrealschulen.

Die Bindung der Zulassung von Volksschullehrern zum Hochschulfstudium an das Reifezeugnis ist notwendig. Sachsen ist das einzige deutsche Land, das hierfür noch das Wahlfähigkeitszeugnis fordert, obgleich die sächsische Seminarbildung nach der Dauer des Lehrganges und der Höhe der Bildungsniveaus, namentlich in den Fremdsprachen, in Mathematik und Naturwissenschaften in Deutschland von jeder als vorbildlich angesehen hat. Der Betrieb der Fremdsprachen, sowie der Umstand, daß das sächsische Seminar seinen Schülern neben einer gründlichen beruflichen und künstlerisch-technischen auch eine Ausbildung in den wissenschaftlichen Fächern vermittelt, die den Bildungszielen des Realgymnasiums bzw. der Oberrealschule nahekommt, läßt es als gerechtfertigt erscheinen, den

Seminarabiturienten die gleichen Berechtigungen wie den Abiturienten der beiden anderen höheren Lehranstalten zu verleihen.

Eine anderweitige Regelung des Hochschulfstudiums der Volksschullehrer ist gerade jetzt wünschenswert im Hinblick auf die Neuordnung der Lehrerbildung, die die Zulassung zum künftigen Lehrstudium gleichfalls in den Besitz des Reifezeugnisses einer zur Hochschulreife führenden Lehranstalt knüpft. Ohne sie würden zahlreiche Seminarabiturienten und bereits im Amte stehende junge Lehrer, die infolge des Abbaues auch innerhalb der Lehrerschaft voraussichtlich im Volksschuldienste zunächst nicht oder nicht weiterbeschäftigt werden können und bis die Zeit ihrer unfreiwilligen Muße zur Erweiterung und Vertiefung ihrer wissenschaftlichen und beruflichen Ausbildung auf dem neuen Wege der Lehrerbildung suchen, von diesem Studium ausgeschlossen sein. Aus dem gleichen Grunde würde es unmöglich sein, in dem Augenblick, in dem Sachsen für die Ausbildung der Volksschullehrer, -Lehrerinnen und Turnlehrer an den höheren Schulen das akademische Studium fordert, die hierfür geeigneten Kandidaten diesem Studium zuzuführen.

Da Ostern 1928 die letzten Seminarabiturienten und bereits Ostern 1929 die ersten akademisch gebildeten Volksschullehrer als Schulamtsanwärter in Frage kommen, erscheint die Neuordnung der Zulassung von Volksschullehrern zum Hochschulfstudium als eine Uebergangsmäßnahme, durch die die Interessen der Abiturienten anderer höherer Lehranstalten nicht berührt werden.

**Die nordische Messe in Kiel** wird vom 26. bis 28. März 1924 zum fünften Male ihre Pforten öffnen, um im Rahmen einer für alle Geschäftszweige offenen Frühjahrsmesse der Vermittler zwischen den Kaufleuten Mitteleuropas und ihren Geschäftsfreunden im Norden und Nordosten zu sein. Die außerordentlich günstige verkehrsgeographische Lage Kiels und die gebieterischen messerischen Einrichtungen brachten den vierjährigen nordischen Messen unbestreitbare Erfolge. Die ursprünglich verfügbare Ausstellungsfläche war bald zu klein, sodas die nordische Messe bereits im Frühjahr 1923 daran denken mußte, sich neue Räume in dem 8400 qm umfassenden Meßhof zu schaffen, der in nächster Zeit zu einem großzügigen Meßhaus umgebaut werden wird. Im Rahmen dieses Projektes entstand in den letzten Wochen das neue Verwaltungsgebäude des Meßhauses Kiel, das alle Dienststellen der nordischen Messe enthält und Gewähr bietet für reichste Abwicklung des zu erwartenden außerordentlich regen Verkehrs zur kommenden Frühjahrsmesse.

**Weitere Senkung der Großhandels- und Rohlenpreise.** Infolge Eingreifens der Polizei beim Großhandel ist es zu einer allgemeinen Senkung der Großhandelspreise um generell 6 Prozent gekommen. Die Bucherpolizei ist vom Reichsminister des Innern angewiesen worden, um Beschleunigung auf die schnelle Wiederfestlegung der Rohlenpreise im Handel hinzuwirken. — Die nächste Kohlenpreiserhöhung ist für Wochenanfang zu erwarten, sie wird voraussichtlich wieder zwischen 6 bis 8 vom Hundert betragen.

**Zum Dresdner „Dinkemann“-Skandal.** Der Abgeordnete Dr. Kasper und die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei haben folgende Anfrage an den Landtag gerichtet: Am 17. Januar ist im Staatlichen Schauspielhaus die Uraufführung der Tragödie „Dinkemann“ von Ernst Toller zum Wohl der Armenigen benützt worden, die jede Rücksicht auf den Ort, die Künstler und das anwesende ernsthafte Publikum vernachlässigen ließen und die für die Geschichte des Dresdner Theaters beschämend und ohne Beispiel sind. Die Ermahnungen waren offensichtlich eingehend vorbereitet. Das Theater war auf den verschiedensten Plätzen reichsamweise von Theaterfreunden, meist jugendlichen Leuten besetzt. Der Lärm setzte bereits mit Beginn des Stückes ein, so daß es sich keinesfalls um die spontane Kundgebung einer aus dem Stück selbst hervorgehenden sachlichen Ablehnung handeln konnte, sondern nur um Rabaukerei oder den Versuch, die Aufführung des Stückes zu hindern und so gleichzeitig zu politisch-demagogischen Zwecken zu mißbrauchen. Ohne zur Tendenz und ohne zu dem künstlerischen Wert des Stückes hier Stellung zu nehmen, muß grundsätzlich dagegen Einspruch erhoben werden, daß das Theater durch das gewalttätige Vorgehen einer Minderheit stundenlang zum Lärmelokal unbrauchbar und wüste Rabaukerei gemacht wird, wie dies am 17. Januar geschehen ist. Wir fragen die Regierung: Was gebietet die Regierung zu tun, um ähnlichen Vorgängen in Zukunft vorzubeugen?

Das Ministerium für Volksbildung hat angeordnet, daß wegen der planmäßigen Störung der Erkaufführung der Tragödie „Dinkemann“ im Staatlichen Schauspielhaus gegen diejenigen Beteiligten, die der Disziplinargewalt öffentlicher Hoch- oder höherer Schulen unterstehen, das Disziplinarverfahren eingeleitet wird. — Die Zwischenfälle haben es dem größten Teil der Besucher des Schauspielhauses unmöglich gemacht, den Vorgängen auf der Bühne zu folgen. Im Einverständnis mit dem Ministerium für Volksbildung wird deshalb am Donnerstag, 24. d. M., eine Aufführung stattfinden, für die Eintrittskarten nur an der Kasse des Schauspielhauses, nach persönlicher Einzeichnung in die dort ausliegenden Listen, ausgeben werden. Der Tag für den Beginn des Vorverkaufes wird noch bekanntgegeben. Die Einzeichnung kann nur auf Grund eines Personalausweises erfolgen. An eine Person werden nicht mehr als zwei Karten ausgeben. Es wird erwartet, daß die Besucher dieses Abends sich während der Vorstellung jeder Kundgebung enthalten, damit eine ungezügelt Aufnahme des künstlerischen Eindrucks ermöglicht wird.

**Ein raffiniertes Schwindel.** In letzter Zeit hat ein Unbekannter unter Anwendung folgenden Kniffes mehrere Aktientenbänder um Ware betrogen: Er kauft — ohne zu bezahlen — 4000 Zigaretten, die er sich in zwei Paketen, eines je 1000 und das andere je 3000 verpacken läßt. Er stellt im Geschäft, das größere Paket für das bekannte Hotel B. bestimmt und das kleinere für den Gastwirt W. Er verlangt nun die Mitgabe eines Boten, der das Geld für die Zigaretten gleich bekommen könne, wenn er diese abgeliefert hätte. Am Hotel angekommen, übergibt der Betrüger dem Boten das kleinere Paket und beauftragt ihn, dieses zu dem bezichtigten Gastwirt zu tragen; er selbst würde inzwischen im Hotel das größere abgeben. Seine ganzen Angaben sind Schwindel. Nachdem der Bote weggegangen war, machte sich in allen Fällen der Betrüger mit den 3000 Zigaretten aus dem Staube. — Auf gleiche oder ähnliche Weise ist er nicht nur wiederholt in Leipzig, sondern, soweit bis jetzt bekannt geworden ist, auch in Halle und Chemnitz aufgetreten. Die